



## **SPD-Fraktion *direkt***

Ausgabe 2015 | 28

25.09.2015

### **INHALT**

|   |          |
|---|----------|
| <b>ZUR LAGE</b>   | <b>2</b> |
| <b>ZUR WOCHE</b>  | <b>4</b> |
| <b>SPD-FRAKTION DANKT EHRENAMTLICHEN HELFERN FÜR FLÜCHTLINGE</b>    | <b>4</b> |
| <b>GESETZE FÜR MEHR DIREKTDEMOKRATIE EINGEBRACHT</b>                | <b>4</b> |
| <b>STATIONIERUNG VON ATOMWAFFEN IN DER EIFEL IST „BEUNRUHIGEND“</b> | <b>5</b> |
| <b>NEUES NATURSCHUTZGESETZ SETZT AUF AUSGLEICH UND KOOPERATION</b>  | <b>6</b> |
| <b>ZAHLEN UND FAKTEN</b>  | <b>7</b> |



## ZUR LAGE

### ***Liebe Genossinnen und Genossen,***

die Woche stand ganz unter dem Eindruck der Regierungserklärung zur Flüchtlingspolitik ***unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer*** und der bewegenden Landtagsdebatte. Die Flüchtlingskrise ist für unser Land auch eine große Chance. Rheinland-Pfalz kann Vorbild-Land für Integration werden, denn hier sind die Voraussetzungen für gelungene Integration besonders günstig.

Das Land in Nachbarschaft zu Frankreich, Belgien und Luxemburg ist seit jeher stark von Zuwanderung geprägt und daher erfahren im kulturellen Austausch. In Rheinland-Pfalz ist die Fremdenfeindlichkeit im Vergleich der Bundesländer besonders niedrig. Rheinland-Pfalz ist zudem geprägt durch außergewöhnlich starkes bürgerschaftliches Engagement. Gerade in diesen Wochen und Monaten erleben wir tagtäglich, wie stark die Aufnahme- und Hilfsbereitschaft in unserem Land ist.

Für uns ist aber auch klar: Schnelle Asylverfahren und die konsequente Rückführung von Menschen ohne Aufenthaltsrecht müssen einhergehen mit einem Signal an die Menschen, etwa vom Westbalkan, dass Migration in den deutschen Arbeitsmarkt auf anderem Wege erfolgen kann. Ein Einwanderungsgesetz würde das Asylsystem entlasten. Es würde überdies Deutschland und Rheinland-Pfalz helfen, den wachsenden Bedarf an Fachkräften zu sichern. Deutschland muss sich zutrauen, kontrollierte Zuwanderung aktiv zu gestalten.

Angesichts der enormen Herausforderungen, die die Ankunft vieler Flüchtlinge bedeutet, dürfen wir nicht die Belange und Sorgen der Menschen vergessen, die schon länger in Deutschland leben. Wer die Interessen der Einen gegen die der Anderen ausspielt, der setzt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft aufs Spiel. Es ist deshalb gut, dass ***unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer*** in ihrer Regierungserklärung deutlich gemacht hat, dass keiner weniger haben wird, weil wir unserer Verantwortung für die Hilfesuchenden gerecht werden.

Erfreulich ist, dass der Bund und die Länder nach monatelangen Verhandlungen nun endlich einen Kompromiss in der Flüchtlingspolitik gefunden haben. Besonders positiv ist, dass sich der Bund endlich strukturell und dynamisch an den Flüchtlingskosten beteiligt und die vorgesehenen Mittel aufstockt. Elementar ist auch, dass die Integrationskurse

## ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ  
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

**SPD-Fraktion**  
im Landtag Rheinland-Pfalz



endlich für Flüchtlinge im Asylverfahren geöffnet werden. Diese Neuerungen sind vor allem für *unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer* ein großer Erfolg, sie fordert beides seit Monaten vehement.

Nach der gestrigen Einigung kommt es nun darauf an, dass der Bund seine Zusagen äußerst rasch umsetzt. Viele aktuelle Probleme in der Flüchtlingspolitik sind darin begründet, dass die Asylverfahren viel zu lange dauern. Nach der erfolgten politischen Einigung kommt es nun darauf an, im Eiltempo die administrativen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass über Asylanträge zügig entschieden wird.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Alexander Schweitzer'.

**Alexander Schweitzer**

## ZUR WOCHE

### ***SPD-Fraktion dankt ehrenamtlichen Helfern für Flüchtlinge***

Die SPD-Landtagsfraktion hat mit einem Empfang ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern von Flüchtlingen danke gesagt. Rund 120 Engagierte aus dem ganzen Land kamen am Mittwoch in den Wappensaal des rheinland-pfälzischen Landtags. In ihrer Rede betonte **unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer**: „*Unser Land zeigt moralische Stärke und Kraft.*“ Viele Ehrenamtliche würden den Flüchtlingen praktisch helfen und die Integration der Menschen unterstützen. „*Danke für dieses Engagement*“, sagte **Dreyer**. Diese Unterstützung aus der Zivilgesellschaft sei angesichts der vielen Menschen, die nach Rheinland-Pfalz kämen und voraussichtlich noch kommen, dauerhaft wichtig.

**Unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer** sagte: „*Wir spüren, dass die Zivilgesellschaft in Vorleistung getreten ist.*“ Als die Zahlen der ankommenden Flüchtlinge nach oben geschneit seien, „*haben viele Ehrenamtliche schnell die Ärmel hochgekrempt*“. Die Hilfe sei in der aktuellen Zeit essentiell. „*Die Hilfe ist überdies Demokratie stärkend und Demokratie verstärkend.*“ **Schweitzer** wies darauf hin, dass bezüglich der Integration der Flüchtlinge Fehler wie in den 1950er und 1960er Jahren zu vermeiden seien. Diesmal müsse sich die Gesellschaft von Anfang an darauf einstellen, dass viele Menschen dauerhaft hierbleiben und in Deutschland eine neue Heimat suchten.

Bei dem Empfang der SPD-Fraktion sprachen **Schweitzer** und **Dreyer**. Es fand überdies ein intensiver Austausch zwischen den Helferinnen und Helfern statt. Viele Ehrenamtliche nutzten die Möglichkeit, Erfahrungen zu schildern, Lob auszusprechen und (schriftlich und mündlich) Anregungen für eine erfolgreiche Flüchtlingspolitik mitzuteilen.

### ***Gesetze für mehr Direktdemokratie eingebracht***

*Wer politisch mitmischen möchte, dem dürfen keine Steine in den Weg gelegt werden. Mit dem Gesetzespaket zur Verbesserung der direktdemokratischen Elemente sollen die Beteiligungshürden für Bürgerinnen und Bürgern in Rheinland-Pfalz gesenkt werden. Geplant sind Änderungen an der Gemeindeordnung und am Landeswahlgesetz.*

*„Die rot-grüne Koalition setzt auf mehr Direktdemokratie und stärkt damit sogleich das repräsentative System: Insgesamt wird die Akzeptanz für politische Prozesse steigen. Als SPD-Fraktion setzen wir darauf, dass viele Bürgerinnen und Bürger die besseren Beteiligungsmöglichkeiten bei Einwohnerantrag, Bürgerentscheid, Bürgerbegehren und Volksentscheid nutzen“,* sagte unser innenpolitischer Sprecher **Hans Jürgen Noss**.

Dass die CDU-Fraktion gegen mehr Beteiligung ist, zeuge von einem altertümlichen Demokratieverständnis. „Inakzeptabel ist es, dass sie die Gespräche mit der Koalition frühzeitig aufgekündigt hat, die Hürden für Volksentscheide zu senken. Diese grundsätzliche Verweigerungshaltung könnte zu weniger bürgerschaftlichem Engagement führen und ist in Zeiten sinkender Wahlbeteiligung unverantwortlich“, so **Noss** weiter.

Mit Änderungen in der Gemeinde-, Landkreis- und Bezirksordnung sollen beim Einwohnerantrag der gesetzlich vorgeschriebene Mindestabstand zwischen zwei dieselbe Angelegenheit betreffenden Einwohneranträgen von bisher fünf auf zwei Jahre verkürzt, und das Mindestalter für die Teilnahme an einem Einwohnerantrag von bisher 16 auf 14 Jahre herabgesetzt werden. Zudem wird das Unterschriftenquorum abgesenkt. Bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wird das Antragsquorum einer prozentualen Staffelung unterzogen, die mit zunehmender Gemeindegröße gleichmäßig absinkt. Das Abstimmungsquorum für Bürgerentscheide wird herabgesetzt. Die Möglichkeiten des Ausschlusses der Öffentlichkeit von Rats-, Kreistags- und Bezirkstagssitzungen sowie von deren Ausschusssitzungen werden beschränkt. Es werden digitale Aufzeichnungen und Übertragungen (also etwa Live-Streams) von kommunalen Rats- und Ausschusssitzungen ermöglicht. Mit Änderungen am Landeswahlgesetz sollen Eintragungen für das Volksbegehren auch auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen gesammelt werden. Abhängig vom Verfahrensstand erhalten die Antragsteller eines Volksbegehrens anteilige Kostenerstattungen unabhängig vom Ausgang eines zulässigen Begehrens.

### ***Stationierung von Atomwaffen in der Eifel ist „beunruhigend“***

*„Beunruhigend ist, dass am Fliegerhorst Büchel Medienberichten zufolge 20 neue Atomwaffen gelagert werden sollen“,* sagt unser innenpolitischer Sprecher **Hans Jürgen Noss**. *„Der Kalte Krieg ist seit 25 Jahren vorbei. Die damaligen politischen Machtblöcke sind aufgeweicht und eine Bedrohungslage, die eine Stationierung von Atomwaffen in Deutschland rechtfertigt, ist nicht mehr vorhanden. Die Stationierung von Atomwaffen in der Eifel, wie vermutet wird, ist daher unnötig. Es ist auch nicht im Sinne des Großteils der Bevölkerung.“*

Unser örtlicher Abgeordneter **Benedikt Oster** ergänzte: *"Wenn in Büchel Atomwaffen gelagert sind, dann muss es das Bestreben der Bundesregierung sein, in Gesprächen mit den amerikanischen Verbündeten einen Abzug dieser zu erreichen. Vor allem ist es überfällig, dass vor Ort für Transparenz gesorgt wird und Bürger und politisch Verantwortliche nicht erst aus den Medien von neuen Entwicklungen erfahren. In jedem Fall ist zu beachten: Für die Region ist der dortige Bundeswehrstandort von großer Bedeutung. Ein enger Austausch zwischen Landes- und Kommunalpolitikern sowie den örtlichen Bundeswehrverantwortlichen ist unumgänglich."*

### **Neues Naturschutzgesetz setzt auf Ausgleich und Kooperation**

*„Mit der Verabschiedung des Landesnaturschutzgesetzes wird der Schutz der biologischen Vielfalt in Rheinland-Pfalz gestärkt. Das neue Gesetz geht auf aktuelle Entwicklungen ein und passt die Landesregelung an das Bundesnaturschutzgesetz an“,* erklärte unser umweltpolitischer Sprecher **Marcel Hürter**. *„In den vergangenen Jahren haben sich die Schwerpunkte und Probleme im Naturschutz verschoben. Wiesen und Weiden sind zunehmend gefährdet, sie werden häufiger umgebrochen. Dieses Thema greift die rot-grüne Koalition mit dem Umbruchverbot für artenreiches Grünland auf. Rund 17.000 Hektar Grünland werden künftig besser geschützt.“*

Die Koalition setzt in dem Gesetz bei der Erhaltung von Grünland auf konkrete finanzielle Anreize durch den Vertragsnaturschutz für die Landwirtschaft. Dieses Vorgehen ist im Sinne des Naturschutzes sowie der Land- und Forstwirtschaft. Im Bereich des Nestschutzes werden klare Abstandsregelungen für die Nester von gefährdeten Vogelarten geschaffen. Dadurch werden vor allem in der sensiblen Brutzeit die Bestände geschützt. Im Gesetz ist überdies geregelt, dass die Naturschutzbeiräte erweitert werden. Zudem wird die Ausbringung von gentechnisch veränderten Organismen in und im Umfeld von Naturschutzgebieten verboten sowie der Einsatz von Ersatzgeldern im Naturschutz beschleunigt.

Unser agrarpolitischer Sprecher **Thorsten Wehner** sieht auch die Interessen der Landwirtschaft berücksichtigt. So seien noch zahlreiche Anregungen seitens des Berufsstandes im Rahmen einer Anhörung aufgenommen worden.

## ZAHLEN UND FAKTEN

### **Schuljahresstart 2015/2016**

Die bestmögliche Bildung und Förderung für jedes Kind, unabhängig von der sozialen Herkunft und unabhängig von der Finanzkraft der Eltern – dafür stehen wir als SPD-Landtagsfraktion. Zum Beginn des neuen Schuljahres 2015/2016 werfen wir deshalb einen Blick auf das Bildungsland Rheinland-Pfalz und die zentralen Neuerungen im neuen Schuljahr.

### **SCHÜLERZAHLEN**

- **415.200 Schülerinnen und Schüler** werden im Schuljahr 2015/2016 an gut **1.500 allgemeinbildenden Schulen** unterrichtet (Rückgang: 3.000 Schüler).
- **34.200 ABC-Schützen** sind an den rheinland-pfälzischen Grundschulen in ihr erstes Schuljahr gestartet (Rückgang: 300 Schüler).
- **122.000 Jugendliche** werden im Schuljahr 2015/2016 **an rund 100 berufsbildenden Schulen** unterrichtet (Rückgang: 1.200).

### **LEHRKRÄFTE**

- **Rund 1.200 junge Lehrkräfte** wurden zum Schuljahresbeginn zur Gewährleistung einer guten Unterrichtsversorgung eingestellt, damit 430 mehr als ursprünglich für dieses Schuljahr vorgesehen.
- Der **Vertretungspool** wurde **um 300 Beamtenstellen auf 800 Vollzeitstellen ausgebaut**.

### **SPRACHFÖRDERUNG**

- **235 Deutsch-Intensivkurse** werden zum Schuljahresbeginn angeboten, damit **knapp 50 Prozent mehr als im vergangenen Schuljahr**.
- **41 Runde Tische** koordinieren die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Schulträgern bei der Sprachförderung von Flüchtlingskindern.
- **Rund 350 Vollzeitstellen** werden zur Sprachförderung landesweit eingesetzt.

## GANZTAGSSCHULEN

- **613 Ganztagschulen in Angebotsform** sind seit Beginn des Ausbauprogramms im Jahr 2002 entstanden, zehn Schulen sind im Schuljahr 2015/2016 neu hinzugekommen. Zusätzlich gibt es **107 verpflichtende Ganztagschulen**.

## INTEGRIERTE GESAMTSCHULEN

- **11 IGSen** bilden zum neuen Schuljahr erstmals 11. Klassen in der gymnasialen Oberstufe und eröffnen für mehr als **850 Schülerinnen und Schüler** den Weg zur allgemeinen Hochschulreife.

## INKLUSION

- Landesweit bieten **277 Schwerpunktschulen** – 160 Grundschulen und 117 weiterführende Schulen – inklusiven Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern an (plus 9 Schulen). Die **Inklusionsquote** liegt im neuen Schuljahr bei mehr als **30 Prozent**.
- **An jetzt 12 Standorten** informieren **Förder- und Beratungszentren** an Förderschulen über Inklusionsfragen.